

ZU WENIG KONTROLLEN, EINBETTZIMMER-ZUSCHLÄGE

# Weiter Missstände in der Altenpflege



In der Altenbetreuung und Pflege gibt es noch viel zu tun.

Die Steirer werden älter, die Probleme im Bereich der Altenpflege werden nicht geringer. Die KPÖ setzt sich für einen menschenwürdigen Lebensabend ein.

Im November hat der Landtag auf Antrag der KPÖ beschlossen, dass nur mehr Pflegeheime der öffentlichen Hand oder von gemeinnützigen Trägern (zB die Caritas oder Volkshilfe) einen Vertrag mit dem Land bekommen. Damit soll Schluss sein mit der Geschäftemacherei mit der Altenpflege auf Kosten des Landesbudgets und der Beschäftigten.

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg rechnet vor, welche Gewinne private Betreiber

**Renate Pacher**  
(KPÖ-Landtags-  
abgeordnete):  
„Wir konnten  
durchsetzen,  
dass der Pflege-  
schlüssel nicht  
mehr unterschritten werden darf.“



machen: „Die Fischl-Moser Gruppe (Käutergarten-Heime) machte 2006 allein mit dem Heim in Trofaiach einen Gewinn 300.000 Euro. Gleichzeitig stöhnten Gemeinden und Land unter steigenden Zuschüssen. Profitmacherei hat im Pflegebereich nichts verloren.“

## Mehr Missstände

Seit Jahren kritisiert die KPÖ, dass private Heimbetreiber gewaltige Gewinne einstreifen, während die Kosten für die Betroffenen, Land und Gemeinden ständig steigen. Dazu leidet das Pflegepersonal unter schlechter Bezahlung und Stress – und darunter leidet wiederum die Qualität der Pflege.

Um diesen Missständen entgegenzuwirken, hat die KPÖ weitere Initiativen im Landtag gesetzt. Der Einbettzimmer-Zuschlag muss endlich abgeschafft werden, fordert KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher: „Ein Einbettzimmer sollte eine Selbstverständlichkeit sein.“

0,9 PROZENT GEHALTSERHÖHUNG IM PFLEGEBEREICH

# Meine Arbeit ist mehr wert

Beschäftigte in Pflegeheimen sollen mit 0,9 % mehr Gehalt abgespeist werden. Das unakzeptable Angebot führte zu bundesweiten Protesten.

in der Pflege sollen mit einer Gehaltserhöhung von 0,9 Prozent abgespeist werden, die sich an der Beamten-Erhöhung orientiert. Allerdings ohne die anderen Vorteile eines Beamten-Dienstverhältnisses.

Das schrie geradezu nach Protesten. So sammelt der Betriebsrat der Caritas unter dem Titel: „**Ich fordere mehr, denn meine Arbeit ist mehr wert**“ Unterschriften für eine gerechte Einkommens-Erhöhung. Durch den Abbruch der Verhandlungen gab es für die in der Pflege Beschäftigten mit 1. Jänner keine Gehaltserhöhung. Betroffen davon sind die MitarbeiterInnen, die dem Diakonien- und dem BAGS-Kollektivvertrag unterliegen.

**0,9** Prozent mehr Gehalt für das Personal – das Angebot der Heimbetreiber ans schwer arbeitende Pflegepersonal war ein blanker Hohn. Kein Wunder, dass es am 14. Jänner zu bundesweiten Protesten kam. Die KPÖ steht voll dahinter. „Diejenigen Menschen, die gepflegt werden, aber auch jene, die pflegen, verdienen die besten Bedingungen“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher.

„Eine Erhöhung von 0,9 Prozent ist völlig unakzeptabel. Die Pflege ist ein verantwortungsvoller und schwerer Beruf und verdient eine faire Bezahlung“, so Renate Pacher, „die Beschäftigten in der Pflege haben die Krise nicht verursacht, warum sollten sie nun dafür büßen?“

**Helfen statt reden  
Mit Rat und Tat!**

**KPÖ Notruf 0316/ 877 5102**

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten, Landhaus.

Die 80.000 Beschäftigten